

FREIBERUFLER-TICKER vom 15. März 2024

1. BFB jetzt auch auf LinkedIn vertreten

Seit dem 5. März 2024 ist der [BFB](#) auch auf dem B2B-Netzwerk LinkedIn aktiv. Mit einem Post zur Europawahl fiel der Startschuss, inzwischen haben wir schon mehrere Beiträge veröffentlicht, mit denen bis dato circa 2.000 Bildschirme erreicht werden konnten. Der Kanal ist eine wertvolle Möglichkeit, Mitglieder zu vernetzen, über Positionen zu informieren, Expertise zu teilen und Kooperationen zu fördern.



2. NRW startet Bundesratsinitiative zum gesetzlichen Mutterschutz für selbstständig arbeitende Frauen

Nordrhein-Westfalen (NRW) will über eine Bundesratsinitiative einen gesetzlichen Mutterschutz für selbstständig arbeitende Frauen voranbringen. Grund dafür ist das bisherige Mutterschutzgesetz, das zwar Schutzfristen vor und nach der Entbindung und die Sicherung des Einkommens während des Beschäftigungsverbots vorsieht, allerdings derzeit nicht für schwangere und stillende Frauen, die ausschließlich selbstständig arbeiten, gilt. Auf Initiative der stellvertretenden NRW-Ministerpräsidentin und NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Bündnis 90/Die Grünen) hat nun das Landeskabinett am 5. März 2024 im Bundesrat einen Entschließungsantrag zum Mutterschutz für Selbstständige eingebracht. Ziel sei es, Nachteile während der Schwangerschaft und in der Zeit nach der Entbindung abzubauen. Wie wichtig diese Thematik für selbstständig tätige Frauen ist, wird durch Neubaur's Angaben zu gewerblichen Gründungen deutlich: 2022 wurden in NRW 31 Prozent der gewerblichen Gründungen von Frauen angemeldet, in den Freien Berufen waren es sogar rund 52 Prozent. Auch der BFB setzt sich bereits seit 2022 proaktiv mit dem gemeinsamen [Positionspapier](#) zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Unternehmertum mit dem Startup-Verband und dem Verband deutscher Unternehmerinnen für eine Verbesserung der Bedingungen rund um Mutterschutz, Elterngeld und finanzielle Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten ein.

3. Digitalisierung von Schulen

96 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder sagen, dass der Einsatz digitaler Technologien und Medien in allen Schulen Standard sein sollte. Der Stand der Digitalisierung deutscher Schulen, also zum Beispiel die Ausstattung mit digitalen Endgeräten oder die Verfügbarkeit digitaler Unterrichtsmaterialien, erhält von den Eltern laut einer am 11. März 2024 [veröffentlichten](#) Umfrage des Digitalverbands Bitkom die Durchschnittsnote 4,0 („ausreichend“). Insgesamt bewerten fast zwei Drittel der Eltern den Zustand der Digitalisierung nur als „ausreichend“ (25 Prozent), „mangelhaft“ (24 Prozent) oder sogar als „ungenügend“ (15 Prozent). Ein Fünftel (19 Prozent) vergibt ein „befriedigend“, eine Minderheit bewertet den derzeitigen Stand als „gut“ (zwölf Prozent) oder „sehr gut“ (fünf Prozent). Insgesamt 78 Prozent der Eltern sind überzeugt: Mit Digitalkompetenzen wie Programmieren, Online-Recherche oder Nutzung von Kollaborationstools werden Schülerinnen und Schüler fit für die Arbeitswelt. Drei von vier Eltern (75 Prozent) wünschen sich Informatik als Pflichtfach ab der 5. Klasse. Etwas zurückhaltender sind die Eltern bei Künstlicher Intelligenz (KI): Dass der Einsatz von KI im Unterricht schneller vorangetrieben werden sollte, meinen 29 Prozent der Eltern.

4. Zahl der Schülerinnen und Schüler leicht gewachsen

Wie das Statistische Bundesamt am 14. März 2024 [mitteilte](#), stieg die Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2023/24 um ein Prozent auf 11,2 Millionen. Damit stieg die Schülerzahl bereits im zweiten Jahr in Folge. Der Anstieg ist auch im laufenden Schuljahr vor allem auf die Zuwanderung aus dem Ausland zurückzuführen: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen in der relevanten Altersgruppe (5 bis 19 Jahre) war zum Jahresende 2022 insgesamt um vier Prozent höher als Ende 2021. Die Zahl der ausländischen Personen in dieser Altersgruppe nahm in diesem Zeitraum sogar um 27 Prozent zu. Ein Teil dieser Kinder und Jugendlichen ist bereits im Schuljahr 2022/23 in das Schulsystem aufgenommen worden. Von den rund 11,2 Millionen Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2023/24 besitzen 1,7 Millionen eine ausländische Staatsbürgerschaft, ein Zuwachs von sieben Prozent zum Schuljahr 2022/23. Damit haben 15 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Deutschland einen ausländischen Pass.

5. 2023 leichter Anstieg von Studienanfängerinnen und -anfängern

Im Studienjahr 2023 schrieben sich 481.500 Studienanfängerinnen und Studienanfänger erstmals für ein Studium an einer deutschen Hochschule ein. Wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch [mitteilte](#), waren das 7.800 beziehungsweise 1,6 Prozent mehr als 2022. Damit ist die Erstsemesterzahl zum zweiten Mal in Folge gestiegen, liegt aber noch unter der Zahl von 2019 mit 508.700. Der leichte Anstieg von 1,6 Prozent 2023 erfolgte in den Fächergruppen nicht einheitlich. Während er bei Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften oder Ingenieurwissenschaften gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich ausfiel, verzeichneten die Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik, Naturwissenschaften jeweils einen unterdurchschnittlichen Anstieg. Im Wintersemester 2023/24 waren insgesamt 2.869.500 Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben, 1,7 Prozent weniger als im Wintersemester des Vorjahres.

6. 9.500 Euro je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen in 2022

Wie das Statistische Bundesamt am 13. März 2024 [mitteilte](#), waren das nominal 300 Euro mehr als 2021. Gut drei Viertel der Gesamtausgaben (7.200 Euro) entfielen dabei auf die Personalkosten. Die restlichen Mittel wurden für den laufenden Sachaufwand (1.300 Euro) und Investitionen (900 Euro) bereitgestellt. Die Pro-Kopf-Ausgaben variieren dabei zwischen den Schularten teils deutlich. An allgemeinbildenden Schulen wurden 2022 durchschnittlich 10.200

Euro und somit 300 Euro mehr als 2021 aufgewendet. Die Ausgaben an beruflichen Schulen lagen im Vergleich deutlich niedriger. 2022 wurden hier insgesamt 6.700 Euro je Schülerin und Schüler aufgewendet. Dies entspricht einer Steigerung um 300 Euro gegenüber 2021. Erklärbar sind die niedrigeren Ausgaben an den beruflichen Schulen insbesondere mit überwiegendem Teilzeitunterricht an den Berufsschulen innerhalb des dualen Ausbildungssystems.

7. BIBB eröffnet Weiterbildungsraum der Zukunft

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) am 5. März 2024 [mitteilte](#), können Weiterbildungsinteressierte bis zum 29. März 2024 kostenlos am INVITE-ToolCheck 2.0 des BIBB teilnehmen. Über 40 verschiedene Prototypen können beim INVITE-ToolCheck 2.0 getestet werden. Diese decken unterschiedliche Bereiche ab und sind sowohl für Laien als auch für Profis aus dem Bereich der Erwachsenen- beziehungsweise Weiterbildung interessant. Die Prototypen sind Entwicklungen aus dem Innovationswettbewerb INVITE, mit dem das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das BIBB seit 2021 im Rahmen der Nationalen Weiterbildungsstrategie gemeinsam die Digitalisierung der beruflichen Weiterbildung voranbringen. Die virtuelle Testumgebung kann unter www.invite-toolcheck.de besucht werden.

8. Analyse des IAB zu Substituierbarkeit durch KI

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) veröffentlichte am 12. März 2024 eine neue Analyse zu den Folgen des technologischen Wandels auf den Arbeitsmarkt. Der zunehmende Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) führt dazu, dass der Anteil substituierbarer Tätigkeiten aktuell den stärksten Anstieg bei den Hochqualifizierten in Expertenberufen verzeichnet. Im Bereich der Helfer- und Fachkräfteberufe bleibt der Anteil der substituierbaren Tätigkeiten weiterhin hoch. Herausfordernd bleibt es, das Substituierbarkeitspotenzial auszuschöpfen, sodass der Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels nicht überschätzt werden sollte. Die Analyse finden Sie [hier](#).

9. Rückläufige Geburtenzahl in der Europäischen Union

Wie das Statistische Amt der Europäischen Union (EU) Ende vergangener Woche [mitteilte](#), wurden 2022 in der EU 3,88 Millionen Babys geboren, ein leichter Rückgang gegenüber 4,09 Millionen 2021. Die Zahl der in der EU geborenen Kinder ist seit 2008, als 4,68 Millionen Kinder geboren wurden, rückläufig. Die Gesamtfruchtbarkeitsrate lag 2022 in der EU bei 1,46 Lebendgeburten pro Frau, was nach dem leichten Anstieg 2021 einen weiteren Rückgang darstellte (die Gesamtfruchtbarkeitsrate betrug 2021 1,53 und 2020 1,51). 2022 hatte Frankreich die höchste Gesamtfruchtbarkeit in der EU (1,79 Lebendgeburten pro Frau), gefolgt von Rumänien (1,71), Bulgarien (1,65) und Tschechien (1,64). In Deutschland lag die Fertilitätsrate bei 1,46 und somit im mittleren Bereich.

